

Medienmitteilung Communiqué de presse

Der RFB und das Forum für die Zweisprachigkeit lehnen eine Kürzung der Bundeshilfe an die mehrsprachigen Kantone ab

Biel, 23. März 2016

Der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) und das Forum für die Zweisprachigkeit haben zum Stabilisierungsprogramm 2017-2019 des Bundes Stellung genommen. Diese Stellungnahme betraf nicht das gesamte Programm, sondern nur die angekündigte Kürzung der Bundeshilfe an die mehrsprachigen Kantone. Der Bund schlägt vor, diese Hilfe ab 2017 um 0,5 Millionen Franken auf insgesamt 1,5 Millionen Franken zu senken. Der RFB und das Forum für die Zweisprachigkeit widersetzen sich dieser drastischen Kürzung von einem Drittel der Bundeshilfe an die mehrsprachigen Kantone vehement.

Katastrophales politisches Signal

Zu einem Zeitpunkt, da die Debatte rund um den Fremdsprachenunterricht in der Schweiz eine immer kritischere Wendung nimmt, fassen der RFB und das Forum für die Zweisprachigkeit diese angekündigte Kürzung als katastrophales politisches Signal auf. Der Bund hat mehrfach darauf hingewiesen, dass er bei den Kantonen intervenieren könnte, die auf das Unterrichten einer zweiten Landessprache an der Primarschule verzichten. Gleichzeitig ist er daran, den Betrag an die mehrsprachigen Kantone um einen Drittel zu reduzieren. Diese stellen jedoch lebendige Labors für den gesamtschweizerischen Zusammenhalt und den Dialog zwischen den Landessprachen dar.

Der RFB und das Forum für die Zweisprachigkeit möchten alles daran setzen, um eine Aufhebung dieser Massnahme zu erreichen. Sie nahmen deshalb mit den verschiedenen Partnern Kontakt auf, die sich der drastischen Kürzung ebenfalls widersetzen. Der Berner Ständerat Hans Stöckli, Präsident der interparlamentarischen Gruppe des Bundes zur Mehrsprachigkeit, teilte seine Absicht bereits mit, sich gegen diese Reduzierung der Hilfe an die zweisprachigen Kantone einzusetzen. Auch der Verein Hauptstadtregion Schweiz, dem die meisten zweisprachigen Kantone angehören, hat sich gegen die Massnahme ausgesprochen.

Zahlreiche Projekte bedroht

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften gewährt der Bund den mehrsprachigen Kantonen seit 2011 jedes Jahr eine Finanzhilfe. Diese beträgt pro mehrsprachiger Kanton (BE, FR, VS und GR) CHF 300'000.-. Dazu kommt eine interkantonale Reserve von weiteren CHF 300'000.-. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 1,5 Millionen Franken. Dank diesen Subventionen wurden in den letzten fünf Jahren zahlreiche Projekte lanciert oder unterstützt. Gleichzeitig werden die Kantone bei ihren Übersetzungsaufgaben unterstützt. Was den Kanton Bern anbelangt, sind die Entwicklung der Zweisprachigkeit am Spitalzentrum Biel, die Stärkung der französisch- und zweisprachigen Lehrstellen in Biel, der Austausch von Lehrkräften zwischen den Sprachregionen und die Unterstützung der zweisprachigen Lehrgänge an der Berner Fachhochschule, der Wirtschaftsmittelschule Biel oder der pädagogischen Hochschule HEP-BEJUNE zu erwähnen.

Bei einer massiven Kürzung der Bundeshilfe wären mehrere dieser Projekte direkt bedroht und müssten aufgegeben oder stark eingeschränkt werden. Das Forum für die Zweisprachigkeit und der RFB, die gemeinsam an mehreren dieser Projekte arbeiten, fordern den Bund auf, die

Massnahme aufzugeben. Diese würde sich auf das Budget nicht wesentlich auswirken, wäre aber mit negativen Auswirkungen für die Zweisprachigkeit und den nationalen Zusammenhalt in der Schweiz verbunden.

Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel

Die Präsidentin:

Der Generalsekretär:

Pierrette BERGER-HIRSCHI

David GAFFINO

Forum für die Zweisprachigkeit

Die Geschäftsführerin

Virginie Borel

Mitteilung an die Redaktionen :

Wenden Sie sich für weitere Informationen an:

- *Pierrette Berger-Hirschi, Präsidentin des RFB, 079 287 47 15*
- *Virginie Borel, Geschäftsführerin des Forums für die Zweisprachigkeit, 032 323 22 80 oder 078 661 89 75*
- *David Gaffino, Generalsekretär des RFB, 032 323 28 70 oder 079 957 20 57*